



Inhalt

Gespräch im Bundeskanzleramt

[„Öffentlicher Dienst muss krisenfest aufgestellt werden“](#)

Internationaler Tag der Pflege

[Silberbach warnt vor Pflegenotstand: „Gesundheitssystem läuft auf Grund“](#)

Zukunftskonferenz

[Dialog stärkt Europäische Union](#)

Bundesjugendtag wählt Matthäus Fandrejewski zum neuen Vorsitzenden

[dbb jugend: Öffentlicher Dienst braucht dringend ein Update](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Baden-Württemberg

[Warnung vor pauschaler Beihilfe](#)

Niedersachsen

[Im öffentlichen Dienst fehlt weiter massiv Personal](#)

Thüringen

[Kritik am Entwurf für das Reisekostengesetz](#)

Bayern

[Entlastungs-Paket des Bundes hat zu viele Lücken](#)

Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS)

[Wert von Solidarität in unsicheren Zeiten bekräftigt](#)

Deutscher Philologenverband (DPhV)

[Vertreterversammlung setzt Leitplanken für künftige Bildungspolitik](#)

Deutscher Realschullehrerverband (VDR)

[Bundesweite „Exzellenzinitiative Realschulbildung“ gefordert](#)

Bundesverband der Lehrkräfte für Berufsbildung (BvLB)

[„Berliner Erklärung“: Zwölf-Punkte-Plan zur Zukunft der beruflichen Bildung](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuelle

Informationsdienst des dbb

Gespräch im Bundeskanzleramt „Öffentlicher Dienst muss krisenfest aufgestellt werden“

Die Bundesregierung muss das Staatswesen modernisieren – gerade in Krisenzeiten. Das hat dbb Chef Ulrich Silberbach im Gespräch mit Kanzleramtschef Wolfgang Schmidt angemahnt.

„In ihrem Koalitionsvertrag hat die Ampel-Regierung wortreich erklärt, dass sie einen ‚ermöglichenden, lernenden und digitalen Staat‘ will. Dieses Ziel darf nicht aus dem Fokus geraten, gerade weil sich das Land seit Jahren im Dauerkrisen-Modus befindet. Denn bereits heute ist klar: Selbst, wenn die Corona-Pandemie oder der Krieg in der Ukraine eines Tages hinter uns liegen, warten etwa mit den vielfältigen Folgen des Klimawandels weitere existenzielle Herausforderungen auf uns. Deshalb müssen wir jetzt die Weichen richtig stellen und den öffentlichen Dienst krisenfest aufstellen, auch wenn das enorm viel Kraft kosten wird“, sagte der dbb Bundesvorsitzende bei dem Treffen in Berlin am 5. Mai 2022.

Dafür sei auch ein neues Verständnis von Wirtschaftlichkeit und Daseinsvorsorge notwendig, betonte Silberbach: „Eine – wenn überhaupt – nur für den Alltag ausgestattete Verwaltung wird im Ausnahmefall immer in die Knie gehen, das wurde etwa bei den Gesundheitsämtern während der Pandemie einmal mehr deutlich. Auch wenn wir nicht auf jeden denkbaren Fall vollumfänglich vorbereitet sein können, so müssen wir doch wenigstens die Strukturen schaffen, um in der Krise schnell zu reagieren. Natürlich wird das Geld kosten, aber wir werden nicht müde anzumahnen: Die Folgekosten von Untätigkeit sind für die Gemeinschaft um ein Vielfaches höher, als heute angemessen in die Daseinsvorsorge zu investieren.“

Internationaler Tag der Pflege Silberbach warnt vor Pflegenotstand: „Gesundheitssystem läuft auf Grund“

Am Internationalen Tag der Pflege hat der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach unverzügliches Handeln gefordert, um der massiven Personalnot im Pflegesektor zu begegnen.

„Wenn nicht umgehend in eine angemessene Bezahlung und attraktive Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte investiert wird, läuft unser Gesundheitssystem buchstäblich auf Grund. Die Politik muss jetzt den Rettungsanker werfen und alles erdenklich mögliche tun, um Fachkräfte zu halten und schnellstmöglich neues Personal zu qualifizieren“, mahnte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach am 12. Mai 2022, dem Internationalen Tag der Pflege.

In den kommenden zehn bis zwölf Jahren gingen allein rund 500.000 Pflegekräfte in Rente. Aber schon jetzt sei der Fachkräftemangel in allen pflegerischen Berufen eklatant. „Der Blick in die Notaufnahmen, Altenpflegeeinrichtungen, Behindertenwohnheime zeigt, dass schon jetzt gewaltige Versorgungslücken klaffen. Hinzu kommt, dass viele engagierte und qualifizierte Fachkräfte während der Pandemie aufgrund der enormen Belastung hingeworfen haben“, erklärte Silberbach. Diese zurückzuholen und parallel dazu neues Personal für die Pflegeberufe zu gewinnen, müsse jetzt Priorität haben.

Zwar hätten die Gewerkschaften mit der Pflegezulage eine wesentliche finanzielle Aufwertung des Berufszweigs erstritten. Doch zur Attraktivitätssteigerung der Pflegeberufe gehöre mehr. „Wir müssen wegkommen von der ‚Pflege im Minutentakt‘ und den Beschäftigten wieder mehr Zeit für die persönliche Zuwendung einräumen. Und das klappt nur, wenn der Personalschlüssel stimmt“, betonte Silberbach.

Insbesondere im Krankenhaussektor sollten die ruhigeren Sommermonate sinnvoll genutzt werden, um für den möglichen Ernstfall einer weiteren Corona-Welle im Herbst personell gut aufgestellt zu sein. Vor dem Hintergrund der anstehenden Reform der Krankenhausfinanzierung sagte Silberbach: „Gerade auch die Personalsituation muss bei den Reformüberlegungen eine zentrale Rolle spielen. Für Bereiche, in denen das Patientenaufkommen akuten Schwankungen unterliegt, wie etwa in Kreisläufen und Notaufnahmen, müssen Personalpuffer eingepreist werden.“

Zukunftskonferenz Dialog stärkt Europäische Union

dbb Chef Ulrich Silberbach spricht sich für einen dauerhaften europäischen Dialog und Mehrheitsentscheidungen in Außen-, Sicherheits- und Steuerpolitik der Europäischen Union aus.

Der dbb Bundesvorsitzende und Vize-Präsident der Europäischen Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI) Ulrich Silberbach hat am 9. Mai 2022 – dem Europatag – eine Fortsetzung und Intensivierung des europäischen Dialogs gefordert. Er bedauerte anlässlich des Auslaufens der Arbeit der „Konferenz zur Zukunft Europas“ an diesem Tag: „Der dbb hat das Prinzip der Zukunftskonferenz immer sehr positiv bewertet und war über den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss direkt daran beteiligt. Es ist bedauerlich, dass die Konferenz nach nur einjähriger Arbeit zum Abschluss kommen soll.“ Der dbb sei eine der vielen Stimmen, welche für eine Fortsetzung der Zukunftskonferenz plädierten. „Angesichts der gewaltigen Herausforderungen und äußeren Bedrohungen braucht die Europäische Union dringend überzeugende Antworten und Konzepte. EU und Mitgliedstaaten müssen sich so aufstellen, dass sie weiter in Freiheit und Sicherheit prosperieren können“, machte Silberbach deutlich. Der dbb Chef sprach sich für eine Konzentration der europäischen Politik auf die für Freiheit und Frieden, Stabilität und Sicherheit zentralen Politikfelder und Themen

aus und forderte den Übergang zu qualifizierten Mehrheitsentscheidungen im Rat der Europäischen Union in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik sowie der Steuerpolitik. Mit den aktuellen Herausforderungen und Krisen gingen ohne Zweifel auch Chancen einher, zeigt sich Silberbach überzeugt: „Es gilt jetzt, den europäischen Zusammenhalt, die Demokratie und die Freiheit nachhaltig zu stärken. Europa ist für den Ordnungsrahmen, auf den wir uns besonders auch im öffentlichen Dienst verlassen, wichtiger denn je.“

Die „Konferenz zur Zukunft Europas“ geht auf eine Initiative der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und des französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron zurück und hatte nach einjähriger Verzögerung am 9. Mai 2021 ihre Arbeit aufgenommen. Die Verzögerung war zum Teil der Pandemie geschuldet, zum Teil aber auch der Tatsache, dass die EU-Institutionen Kommission, Parlament und Rat zunächst keine Einigung über Verfahren, Zusammensetzung und Ziele der Konferenz erzielen konnten. Diese Fragen sind bis heute nicht abschließend beantwortet.

Bundesjugendtag wählt Matthäus Fandrejewski zum neuen Vorsitzenden dbb jugend: Öffentlicher Dienst braucht dringend ein Update

Deutschlands öffentlicher Dienst muss grundlegend modernisiert werden, sonst wird sich der Nachwuchs vom Staat abwenden, warnt die dbb jugend.

„Sowohl in gesellschaftspolitischer Hinsicht als auch als Arbeit- und Dienstgebender braucht der öffentliche Dienst dringend ein Update, wenn der Staat das Vertrauen insbesondere der jungen Menschen nicht verspielen will“, sagte Matthäus Fandrejewski unmittelbar nach seiner Wahl zum neuen Vorsitzenden der dbb jugend durch den Bundesjugendtag am 6. Mai 2022 in Berlin. Insbesondere die Corona-Pandemie habe erschreckende Defizite bei der Reaktionsgeschwindigkeit und Krisenfestigkeit des Staats aufgezeigt, erläuterte Fandrejewski: „Das lag nicht an den Beschäftigten, die mit hoher Motivation und großem Engagement ihre Möglichkeiten ausgeschöpft haben. Wir haben vielmehr die Strukturmängel vor Augen

geführt bekommen, die jahrzehntelange Sparpolitik auf der einen und massiver Aufgaben- und Bürokratieaufwuchs auf der anderen Seite produzieren. Die Kolleginnen und Kollegen leiden ebenso wie die Bürgerinnen und Bürger unter dieser Schwerfälligkeit und geringen Agilität des Staats. Der macht insbesondere bei den Jüngeren nicht nur als Dienst- und Arbeitgebender einen schlechten Eindruck, sondern auch bei allen jungen Menschen, für die digital selbstverständlich ist, die beim Staat aber auf Neandertal treffen.“

dbb Chef Ulrich Silberbach unterstrich die Warnung des dbb jugend Vorsitzenden: „In den kommenden Jahren gehen hunderttausende Kolleginnen und Kollegen in den Ruhestand. In

Anbetracht der schon heute bestehenden Personallücke von mehr als 300.000 Beschäftigten muss der Staat schleunigst aus seinem Dornröschenschlaf erwachen und sich im Wettbewerb um die besten Köpfe als attraktiver Arbeitgeber positionieren. Das schafft man nur mit modernen Arbeitsbedingungen, zeitgemäßer technischer Ausstattung und echten Perspektiven. Wer immer noch Spitzenplätze bei befristeten Arbeitsverhältnissen belegt und Laufställe als Laufbahnen verkaufen will, hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt“, so Silberbach. Der dbb Bundesvorsitzende gratulierte dem neuen dbb jugend Chef Matthäus Fandrejewski zur Wahl. Der 32-Jährige ist ebenso wie Silberbach Mitglied der komba gewerkschaft und seit 2013 Vorsitzender der CESI Youth, Jugendorganisation des europäischen dbb Dachverbands CESI (Confédération Européenne des Syndicats Indépendants). Er folgt auf

Karoline Herrmann, die seit 2017 an der Spitze der dbb jugend stand.

An die Seite des neuen dbb jugend Vorsitzenden Matthäus Fandrejewski, der qua Amt auch Mitglied der dbb Bundesleitung ist, wählte der Bundesjugendtag Sandra Heisig von der DSTG-Jugend (Deutsche Steuer-Gewerkschaft) als 1. Stellvertretende Vorsitzende sowie Daria Abramov (komba jugend - komba gewerkschaft), Claudio Albrecht (GDL-Jugend - Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer) und Toni Nickel (Junge Polizei - Deutsche Polizeigewerkschaft) als weitere stellvertretende Vorsitzende der Bundesjugendleitung. Sie übernehmen die Mandate der bisherigen Bundesjugendleitungsmitglieder Liv Grolik, Philipp Mierzwa, Marcel Oehm und Florian Schütz, die gemeinsam mit Ex-dbb jugend Chefin Karoline Herrmann mit großem Dank und viel Applaus verabschiedet wurden.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Baden-Württemberg

Warnung vor pauschaler Beihilfe

Die Landesregierung will vom kommenden Jahr an als weiteren Baustein in der Krankheitsvorsorge im Beamtenbereich eine pauschale Beihilfe einführen. Damit soll sichergestellt werden, dass Beamtinnen und Beamte, die sich für eine gesetzliche Krankenversicherung entscheiden, nicht länger den Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil ihrer Versicherung bezahlen müssen. Der BBW warnt vor den Folgen dieser Pläne.

„Sie sind nichts anderes als ein erster Schritt in Richtung Bürgerversicherung, kommen das Land teuer zu stehen und sind mit großer Wahrscheinlichkeit nicht verfassungskonform“, sagt BBW Chef Kai Rosenberger. Er setzt sich für eine gerechtere Lösung ein. Die Position des Beamtenbunds zur geplanten Einführung einer pauschalen Beihilfe hat BBW Chef Rosenberger wie folgt zusammengefasst:

„Der BBW ist keinesfalls dagegen, dass man den Beamtinnen und Beamten hilft, die derzeit freiwillig gesetzlich krankenversichert (GKV) sind und sowohl den AG- als auch den AN-Anteil selbst tragen müssen. Wir setzen uns für eine gerechtere Lösung als das sogenannte ‚Hamburger Modell‘ ein und können keine vernünftige Lösung darin erkennen, dass künftig hauptsächlich die vermeintlichen Kostenträger unter den Beamtinnen und Beamten in die GKV abgeschoben werden sollen und in der

Folge damit sowohl die GKV als auch der Steuerzahler belastet werden.

Die etwa 4.200 Personen – 1,3 Prozent aller Beihilfeberechtigten in Baden-Württemberg – sind in der Regel nur deshalb gesetzlich krankenversichert, weil sie entweder ein Handicap haben und in der privaten Krankenversicherung (PKV) einen nicht unerheblichen Risikozuschlag zahlen müssten, oder aber sie sind sehr kinderreich. Kinder werden in der GKV kostenlos mitversichert, in der PKV muss für jeden ‚Kopf‘ ein Beitrag gezahlt werden.

Im Gegensatz zur PKV, die nachhaltig wirtschaftet, ist die GKV alles andere als wirtschaftlich. Hier entstehen regelmäßig hohe Defizite, die durch Steuermittel des Bundes ausgeglichen werden. Im laufenden Jahr 2022 beträgt der Bundeszuschuss für die GKV sage und schreibe 28,5 Milliarden Euro. Das heißt

nichts anderes als dass für jeden GKV-Versicherten ein Zuschuss aus Steuermitteln fällig wird.

Den Anspruch auf Beihilfe für den Personenkreis, der sich gesetzlich krankenversichert, künftig als pauschale Beihilfe in Höhe eines AG-Anteils zur GKV zu bezahlen, kommt das Land als Dienstherr deutlich teurer. In der Presse war zu lesen, dass man von 13,8 Millionen Euro pro Jahr ausgeht. Dies gilt jedoch nur für das erste Jahr der Einführung, also für 2023. Diese Kosten werden jedes Jahr weiter ansteigen und nach Berechnungen des Staatsministeriums vom 5. Februar 2021 in vierzig Jahren circa 133 Millionen Euro pro Jahr betragen.

Mit diesen Mehrkosten könnte das Land problemlos für alle von einem Handicap (Behinderung, chronische Erkrankung o. ä.) betroffenen Kolleginnen und Kollegen sämtliche Risikozuschläge der privaten Krankenversicherungen übernehmen, ohne dass zusätzlich die GKV und damit auch die Steuerzahler belastet werden.

Das Ansinnen des BBW richtet sich aber auch deshalb gegen das so genannte ‚Hamburger Modell‘, weil mit diesem auch nach Ansicht einiger Politiker in Baden-Württemberg sehr wohl der Weg für eine Einheits- oder Bürgerversicherung bereitet werden soll. Die FDP nennt das ‚Hamburger Modell‘ ein ‚Trojanisches Pferd‘ auf dem Weg zu einer Einheits- oder Bürgerversicherung. Nur Bundesländer, in denen die Linken, die SPD oder die Grünen den Ministerpräsidenten stellen, haben das ‚Hamburger Modell‘ eingeführt. Alle genannten Parteien eint das Ziel einer Einheits- oder Bürgerversicherung. Für unser Gesundheitssystem wäre dies fatal, da jede Arzt- oder Zahnarztpraxis dann durchschnittlich auf 54.000 Euro Mehrumsatz pro Jahr verzichten müsste. Dieses Geld würde dann für die Anschaffung oder Erneuerung der notwendigen medizinischen Infrastruktur in den Praxen fehlen und unser Gesundheitssystem, welches weltweit zu den besten gezählt wird, würde zwangsläufig darunter leiden, sofern nicht die Beitragssätze drastisch erhöht würden. Unser Gesundheitssystem, welches aus den beiden positiven miteinander konkurrierenden Säulen GKV und PKV besteht, gilt weltweit als eines der besten. Weshalb dann dieses Gesundheitssystem angreifen? Never change a winning system!

Wir wehren uns auch gegen die Behauptung, dass das ‚Hamburger Modell‘ als ‚echtes Wahlrecht‘ für die Beamtenschaft nur Vorteile bringe. Deshalb weisen wir auch stets darauf hin, dass dieses so genannte Wahlrecht eine Einbahnstraße ist, da ein Rückwechsel in die PKV ausgeschlossen wird. Im Übrigen hat sich der BBW in den letzten Jahren intensiv und erfolgreich für Öffnungsaktionen der PKV eingesetzt, so dass jeder freiwillig GKV-versicherte Beamte die Möglichkeit hatte, in eine PKV zu wechseln, bei der in der Regel der Beitrag dann niedriger gewesen wäre als dieser in der GKV war.

Außerdem werden durch das ‚Hamburger Modell‘ Inzellösungen geschaffen. Bislang haben nur fünf Bundesländer das ‚Hamburger Modell‘, Baden-Württemberg würde das sechste. Das bedeutet, dass zehn Bundesländer und der Bund keine pauschale Beihilfe kennen und derzeit auch deren Einführung nicht planen. Wer sich in Baden-Württemberg als Beamtin/Beamter künftig für die GKV entscheidet, hat dann ein Problem, wenn er in ein Bundesland ohne ‚Hamburger Modell‘ wechselt oder eben zur Bundesverwaltung.

Eines unserer wichtigsten Ziele ist eine verfassungskonforme Ausgestaltung der Alimentation und der Fürsorge. Der Verband der PKV hat ein Gutachten in Auftrag gegeben, welches die Einführung des ‚Hamburger Modells‘ in Baden-Württemberg mit den verfassungsrechtlichen Vorgaben für den Beamtenstatus untersucht. Dieses topaktuelle Gutachten kommt zu dem Schluss, dass die Einführung einer pauschalen Beihilfe in Baden-Württemberg im Hinblick auf Art 33 Abs. 5 GG auf gravierende verfassungsrechtliche Bedenken stößt. Basierend auf der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) kommt das Gutachten zu dem Schluss, dass der Dienstherr seine Pflicht zur Alimentation und Fürsorge nicht auf Dritte (hier GKV) delegieren darf, deren Leistungsumfang er nicht bestimmen kann. Die grün angeführte Landesregierung hat bereits mit dem Haushaltsbegleitgesetz 2013/14 ein Gesetz erlassen, dessen Maßnahmen aus verfassungsrechtlichen Gründen größtenteils wieder korrigiert werden mussten. Wir warnen davor, hier völlig überstürzt ein weiteres Gesetz zu verabschieden, das möglicherweise nicht verfassungskonform ist“, so BBW Chef Kai Rosenberger.

Niedersachsen

Im öffentlichen Dienst fehlt weiter massiv Personal

Die Spitze des Niedersächsischen Beamtenbund und Tarifunion (NBB) hat vor der Landespressekonzferenz am 4. Mai 2022 erneut vor den Folgen des dramatischen Personalmangels im öffentlichen Dienst gewarnt.

Der 1. Landesvorsitzende Alexander Zimbehl und der 2. Landesvorsitzende Peter Specke wiesen eindrücklich darauf hin, dass bis Ende 2029 rund 45.000 Stellen aufgrund von Altersabgängen neu besetzt werden müssen. Vorgeplant wurde von beiden ein „Huckepack-Verfahren“: Bedienstete, die in absehbarer Zeit ausscheiden, sollten gerade bei fachlich anspruchsvoller Tätigkeit ihre Nachfolger – häufig Berufseinsteiger – rechtzeitig parallel einarbeiten. So könne ein „Wissenspool“ aufgebaut werden.

Sollte nicht schnellstens gehandelt werden, könne das gewohnte Leistungsniveau für die Bürgerinnen und Bürger nicht aufrechterhalten werden. Specke: „Wird jetzt nicht aktiv von der Politik gegengesteuert, muss jeder Bürger in Niedersachsen damit rechnen, dass in Zukunft

Monate vergehen werden, bis ein neuer Personalausweis oder ein Reisepass kommt.“

Der Personalmangel ziehe sich bereits jetzt durch die Bereiche Pflege, Bildung und Verwaltung. Zimbehl: „Nach unserer festen Überzeugung haben nahezu alle Landesregierungen der letzten Jahre und Jahrzehnte in Niedersachsen in vielen Bereichen nur in Legislaturperioden gedacht. Und das ist der entscheidende Fehler gewesen. Man muss deutlich darüber hinaus denken, man muss auf Jahre und Jahrzehnte denken.“ Natürlich könne man gewisse Krisen wie die Corona-Pandemie oder den Ukraine-Krieg nicht voraussehen. „Trotz allem muss ich Vorsorge leisten, dass ich genug Personal zur Verfügung habe, um nicht nur die anstehenden Aufgaben, sondern auch die zusätzlichen Aufgaben zu bewältigen“, stellte der NBB Chef klar.

Thüringen

Kritik am Entwurf für das Reisekostengesetz

Der tbb hat den Gesetzentwurf der Regierung zur Änderung des Thüringer Reisekostengesetzes kritisiert. Der sieht unter anderem vor, Forstmitarbeitenden bei Dienstreisen mit dem Privat-Pkw auf unbefestigten und schwer befahrbaren Forststrecken (Schlechtwegzuschlag) statt bisher 3 Cent/km künftig 15 Cent/km zu zahlen.

Der tbb Chef Frank Schönborn wies den Vorschlag zurück, weil „das Grundproblem nicht verstanden und am Kern der Sache vorbei gehandelt“ werde. Es gehe vielmehr darum, dass es schlicht nicht für jeden Beschäftigten mit Außendiensttätigkeit – sei es im Forst, in der Steuerfahndung oder im Schulbereich – Dienstfahrzeuge gäbe. Daher müssten Landesbedienstete private Fahrzeuge dienstlich nutzen, was der tbb schon seit vielen Jahren kritisiert. So könne etwa derzeit nur jeder vierte Beschäftigte der Landesforstanstalt einen Dienstwagen nutzen. Bei den Finanzämtern stünden für etwa 600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im regelmäßigen Außendienst nur 50 Dienstwagen zur Verfügung.

Die Regel müsse aber sein, dass Außendienstmitarbeiter auch ein Fahrzeug für den Außendienst zur Verfügung gestellt bekommen. „Das steht in der Privatwirtschaft außer Zweifel“, so Schönborn. Nur im Ausnahmefall sollte der Rückgriff auf den Privat-Pkw erfolgen, dann jedoch mit einem Vollkostenersatz. Hier könne man sich an den Berechnungen des ADAC orientieren. Sein Verband setze sich für eine substantielle Änderung des Reisekostengesetzes ein, die auch eine Streichung der bislang „kleinen Wegstreckenentschädigung“ vorsehe. Dann würden beispielsweise jene mehr als 1.000 Lehrkräfte, die aufgrund akuten Personalmangels mindestens zwischen zwei Schulen pendeln müssen, anstelle von 17 Cent/km eine auskömmliche Erstattung bekommen.

Auch Personalratsmitglieder müssten ihren Privat-Pkw für ihre Personalratstätigkeit nutzen und teils lange Strecken innerhalb Thüringens zurücklegen – und auch hier gebe es bislang

nur 17 Cent/km. „Bei den aktuellen Spritpreisen ein Unding – das kann zu erheblicher Behinderung der Personalratsarbeit führen“, erklärte Schönborn.

Bayern

Entlastungs-Paket des Bundes hat zu viele Lücken

„Die Lücken im Entlastungs-Paket des Bundes erfordern dringend Nachbesserung“, sagte der Vorsitzende des Bayerischen Beamtenbundes (BBB) Rainer Nachtigall am 6. Mai 2022. So seien zum Beispiel Versorgungsempfängerinnen und -empfänger, Rentnerinnen und Rentner ebenso wie Studierende von der Energiepreispauschale ausgeschlossen.

„Dafür sehe ich keinerlei Rechtfertigung“, betonte Nachtigall. Auch die genannten Gruppen würde unter enormen Energiepreissteigerungen und der hohen Inflation leiden und müssten schnellstmöglich entlastet werden. Besonders die Ruhestandsbeamtinnen und -beamten, die in Bayern ebenso wie in anderen Ländern im Jahr 2022 mit einer Nullrunde belastet

sind, sähen das Entlastungspaket mehr als kritisch.

„Wir brauchen sinnvolle, weitsichtige und gleichberechtigte Regelungen für alle“, forderte der BBB Chef. Nur gemeinsam könnten die aktuellen Herausforderungen bewältigt werden. Diese Gemeinsamkeit dürfe nicht durch unausgewogene Entlastungen gefährdet werden.

Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS)

Wert von Solidarität in unsicheren Zeiten bekräftigt

Die massiven Auswirkungen internationaler Krisen wie dem Krieg in der Ukraine und der Corona-Pandemie auch auf die deutsche Sozialversicherung standen im Mittelpunkt der diesjährigen Sitzung des GdS Bundeshauptvorstandes, der am 3. und 4. Mai 2022 in Berlin tagte.

In seinem Bericht zur Lage griff der GdS Bundesvorsitzende und dbb Vize Maik Wagner das allgegenwärtige Wort der „Zeitenwende“ auf und unterstrich den Wert der Solidarität in diesen unsicheren Zeiten. „Solidarität mit den Geflüchteten aus der Ukraine bedeutet auch, dass sie in Deutschland Leistungen der gesetzlichen Sozialversicherung in Anspruch nehmen können“, hob Wagner hervor und ergänzte: „Auch persönlich setzen sich viele GdS-Kolleginnen und Kollegen für Geflüchtete aus der Ukraine ein. Das ist ein bewundernswertes Engagement.“

Doch nicht nur akute Krisen würden die Sozialversicherung vor finanzielle Herausforderungen stellen. Auch Folgekosten der Gesetzgebung der letzten Bundesregierung – gerade im Gesundheitsbereich – und der demografische Wandel würden immer stärker durchschlagen. Wagner: „Die Zeiten werden nicht leichter. Für den sozialen Frieden im Land ist es deshalb unverzichtbar, die Sozialversicherung auskömmlich zu finanzieren. Nur mit genug Personal, das anständig bezahlt wird, können wir die

kommenden herausfordernden Jahre und Jahrzehnte bewältigen.“

Derzeit zeige sich, dass die Lohnentwicklung kaum mit den rasant steigenden Lebenshaltungskosten mithalten könne. „Umso wichtiger ist es, dass die Beschäftigten untereinander solidarisch sind und sich gewerkschaftlich organisieren. In Zeiten von Homeoffice und Mobilem Arbeiten ist das nicht immer einfach“, so Wagner. „Die Tarifverhandlungen in den letzten Monaten haben uns aber gezeigt: Wir bekommen absolut nichts geschenkt. Jede Gehaltssteigerung muss hart von und für GdS-Mitglieder am Tariftisch erkämpft werden.“

Gerade vor dem Hintergrund des absehbaren Kostendrucks sei es essenziell, dass die Leistungen der Sozialversicherung sachgerecht finanziert werden, betonte der GdS Chef. „Das bedeutet, dass gesamtgesellschaftliche Aufgaben wie die Kosten der Pandemie oder auch die Übernahme von Gesundheitskosten von

ALG-II-Beziehern konsequent aus Steuermitteln finanziert werden. Hier ist die Politik am Zug.“

Deutscher Philologenverband (DPHV) Vertreterversammlung setzt Leitplanken für künftige Bildungspolitik

Der Deutsche Philologenverband (DPHV) hat auf seiner Vertreterversammlung am 6. Mai 2022 mehrere Leitanträge verabschiedet, um die Bildungspolitik der kommenden Jahre zu gestalten und die Digitalisierung voranzubringen.

In der Bildungs- beziehungsweise Schulpolitik sollen demnach das gegliederte Schulsystem gestärkt sowie effiziente Entscheidungs- und Führungsstrukturen geschaffen werden. Ferner sollen Abschlüsse aussagekräftiger gestaltet und Verantwortung klar benannt sowie sachgerecht geteilt werden.

Um die Digitalisierung der Gymnasien voranzubringen, sei außerdem eine Reihe von Forderungen zu erfüllen. Dazu gehören beispielsweise flächendeckend leistungsfähige Breitbandanschlüsse und die Ausstattung aller Unterrichtsräume mit moderner digitaler Infrastruktur sowie deren Wartung durch Fachpersonal.

Deutscher Realschullehrerverband (VDR) Bundesweite „Exzellenzinitiative Realschulbildung“ gefordert

Jürgen Böhm, VDR Bundesvorsitzender und dbb Vize, hat zu einseitigen Tendenzen, Schwerpunkte und ideologisierte Perspektiven bei der Wahl der Schulbildungswege in Deutschland kritisiert, die zwangsläufig mit hohen Qualitätseinbußen einhergehen.

„Wenn in deutschen Großstädten mehr als zwei Drittel der jungen Menschen nach der Grundschule ein Abitur und damit eine akademische Ausbildung anstreben, ist das einfach unrealistisch. Viele junge Menschen werden mit falschen Versprechen fehlgeleitet und müssen sich realitätsfernen Erwartungen unterwerfen“, so Böhm.

Dem VDR Chef zufolge korrespondieren die in den letzten Jahren stetig wachsende, auffällig hohe Anzahl außergewöhnlich guter Abiturschnitte und die gleichzeitig hohe Abbruchquote in der universitären Ausbildung gerade im naturwissenschaftlich-technischen Bereich immer deutlicher: „Eine derart fatale Fehlentwicklung straft eine ganze Generation, die völlig falsche Vorstellungen von Leistung und Beruf bekommt und keine ausreichenden Fähigkeiten zu einer realistischen Selbsteinschätzung entwickeln kann.“

Auch die in den vergangenen Jahren aus fiskalischen, ideologischen und demografischen Gründen eingeführten Gemeinschaftsschulen würden einen strukturellen Irrweg ohne klares inhaltliches Profil darstellen. Mit dem Heilsversprechen eines Abiturs für alle, das von den

wenigsten jungen Menschen einer Gemeinschaftsschule wirklich erreicht oder nur mit qualitativen Abstrichen vergeben werde, würden auch hier Fehlanreize gesetzt, die im realen Leben nicht zum beruflichen Erfolg führten. Böhm fordert in diesem Zusammenhang mehr Wertschätzung für die Realschulbildung und verweist auf das Erfolgsmodell Realschule als Schlüssel zur Behebung des Fachkräfteproblems: „Der Realschulabschluss steht für hohe Bildungsqualität. Wer irgendeinen so genannten ‚mittleren Bildungsabschluss‘ nebenbei und im Vorbeigehen zugesprochen bekommt, wer keine hochwertige Abschlussprüfung am Ende der 10. Jahrgangsstufe ablegen muss, der hat eben dieses Qualitätssiegel Realschulabschluss längst nicht erreicht. In Bundesländern, die an einem inhaltlich modern aufgestellten Realschul-Bildungskonzept festhalten und jegliche qualitative Aufweichung ablehnen, bilden die Realschüler die Basis zur Behebung des Fachkräftemangels“, gibt Böhm zu bedenken.

Der VDR Chef plädiert für eine „Exzellenzinitiative Realschulbildung“ in Deutschland: „Wir brauchen nicht die x-te Oberstufenreform an Gymnasien und Gesamtschulen. Das Märchen

von der Voll-Akademisierung der Gesellschaft verliert zunehmend an Zauber. Nutzen wir lieber die Erfahrungen und das bewährte, von Arbeitgebern hoch geschätzte Bildungskonzept der starken Realschulen. Die Realschulbildung

ist das Sprungbrett in eine erfolgreiche, anspruchsvolle berufliche Ausbildung und lässt alle Karrierechancen offen.“

Bundesverband der Lehrkräfte für Berufsbildung (BvLB) „Berliner Erklärung“: Zwölf-Punkte-Plan zur Zukunft der beruflichen Bildung

Die Delegiertenversammlung des BvLB hat sich in Berlin für eine Stärkung der beruflichen Bildung auf allen Feldern ausgesprochen. Sie sei ein elementarer gesellschaftlicher Stützpfeiler und müsse bestens für die Herausforderungen der Zukunft gewappnet sein – auch, um die dringend benötigten Fachkräfte von Morgen bedarfsgerecht ausbilden zu können.

Die 270 Delegierten haben in Berlin über die Herausforderungen und Perspektiven der beruflichen Bildung beraten und richtungsweisende Pflöcke eingeschlagen. Das Ergebnis ist als „Berliner Erklärung“ festgeschrieben. Die Themenbandbreite darin reicht vom eklatanten Lehrkräftemangel über die massiven Ausstattungsunterschiede an den Schulen bis hin zum Schulbau- und Digitalisierungstau, der speziell während der Corona-Krise offenbar wurde. Daneben brennen den Berufsbildnern langfristige Entwicklungen auf den Nägeln wie die zunehmend lähmende Bürokratisierung von Schulorganisation und Bildungsverwaltung und die sich rapide wandelnden Anforderungen an die Lehrkräfte infolge der digitalen Transformation.

Gleichzeitig wurden bei der Versammlung am 6. Mai 2022 turnusmäßig nach vier Jahren ein neuer Vorstand gewählt und die „Gründungsväter“ mit Dankesreden verabschiedet. Joachim Maiß und Eugen Straubinger, die den Verband als Doppelspitze nach erfolgter Fusion geführt haben, verabschiedeten sich aus dem aktiven Dienst für die Berufsbildner. Pankratz Männlein und Sven Mohr, bisher stellvertretend tätig, bilden die neue Doppelspitze des BvLB, der die Interessen von 124.000 Lehrkräften und von rund 2,4 Millionen Schülerinnen und Schülern an beruflichen Schulen vertritt.

Namen und Nachrichten

Über das Entgelt für die Beschäftigten der Lübeck-Travemünder Verkehrsgesellschaft (LVG) wird wieder verhandelt. Am 4. Mai 2022 trafen sich **dbb**, die Nahverkehrsgewerkschaft NahVG und Arbeitgeberseite zur ersten Runde. dbb und NahVG fordern eine Entgelterhöhung in Höhe von 200 Euro zum 1. April 2022, weitere 150 Euro zum 1. April 2023 und eine Laufzeit von 24 Monaten. Nach ausführlicher Begründung der Forderungen durch die Gewerkschaften gab die Arbeitgeberseite nach kurzer interner Rücksprache seitens der Geschäftsführung ein Gegenangebot ab: 2 Prozent plus zum 1. April 2022, weitere 2 Prozent plus zum 1. April 2023 und weitere 2 Prozent plus zum 1. April 2024 bei einer Laufzeit von 30 Monaten. Die Tarifkommission beriet sich ausgiebig und lehnte das Angebot schließlich ab. Zum einen, da die Höhe der Entgeltsteigerung als nicht ausreichend eingestuft wurde, und zum anderen Diskussionsbedarf hinsichtlich einer prozentualen Erhöhung oder eines

Festbetrags wie gefordert besteht. Die zweite Verhandlungsrunde findet am 8. Juni 2022 statt.

Der **dbb** hat erfolgreich einen Tarifvertrag zur Möglichkeit eines 24h-Dienstes im Rettungsdienst Elbe-Elster verhandelt. Der landesbezirkliche Tarifvertrag, auf den sich der dbb (für seine Fachgewerkschaft kombi) mit dem Kommunalen Arbeitgeberverband (KAV) Brandenburg geeinigt hat, gilt als Ergänzung zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen (TVöD) und betrifft die Beschäftigten, die aktiv im Rettungsdienst eingesetzt sind. Der Tarifvertrag ermöglicht abweichend vom TVöD eine tägliche Höchstarbeitszeit von mehr als 12 Stunden bis zu 24 Stunden zuzüglich erforderlicher Rüst- und Umkleidezeiten. Das bedeutet, dass die Beschäftigten in Zukunft die Möglichkeit haben, in einem 24h-Schicht-System zu arbeiten, wenn ein ent-

sprechender Rahmendienstplan vorliegt. Voraussetzung für einen 24h-Dienst ist, dass der durchschnittliche Anteil der aktiven Zeit (Inanspruchnahme) 40 Prozent der Gesamtarbeitszeit nicht überschreitet und die/der einzelne Beschäftigte zustimmt. Der Eigenbetrieb und die zuständige Personalvertretung werden im Rahmen der Mitbestimmung des Personalrats regelmäßig die Arbeitsbelastung überwachen. Unabhängig vom konkreten Anteil von Bereitschaftszeiten an der wöchentlichen Arbeitszeit wird jede geleistete Arbeitsstunde (Anwesenheitsstunde) zu fünf Sechstel als Arbeitsstunde (Vollarbeit) gewertet. Das heißt zum Beispiel ab dem 1. Januar 2023, dass ein dienstplanmäßiger Einsatz von durchschnittlich 46,8 Stunden (Anwesenheitszeit) pro Woche zu rechnerischer Vollarbeit von 39 Stunden führt. Weiterhin wurde vereinbart, dass die Arbeit im 24h-Dienst die tariflichen Voraussetzungen der Wechselschichtarbeit erfüllt und somit entsprechende Zulagen und Zusatzurlaubsansprüche weiterhin bestehen. Ansonsten gilt der TVöD

vollumfänglich weiter. Als Zeitpunkt des Inkrafttretens wurde der 1. Juli 2022 vereinbart.

Einstimmig hat der Landeshauptvorstand des **dbb Hessen** das Festhalten am bisherigen Vorgehen in Sachen Besoldung beschlossen: Bei der turnusmäßigen Versammlung am 10. Mai 2022 stimmten die Vertreter der 39 Mitgliedsverbände dafür, den Druck auf die Landesregierung zur Reparatur der verfassungswidrigen Besoldung hoch zu halten. Demnach fordert der dbb Hessen noch vor der Sommerpause die Vorlage eines Gesetzentwurfs, der noch für die laufende Legislaturperiode wesentliche Reparaturolemente enthalten soll. Heini Schmitt zeigte sich erfreut über die kraftvolle erneute Bestätigung der bisher im Landesvorstand festgelegten Vorgehensweise aus den eigenen Reihen. „Es ist gut zu sehen, dass wir die breite Unterstützung der Repräsentanten unserer deutlich über 40.000 Mitglieder erhalten.“

Termine

16./17./18. Mai 2022, Potsdam/Berlin
Tarifverhandlungen im Sozial- und Erziehungsdienst: 3. Runde
Mehr Informationen unter www.dbb.de/sue